

Innenminister Herrmann: „Bayern braucht mehr Wohnungsbau“

München - „Bayern braucht mehr Wohnungsbau, darin liegt die derzeit größte Herausforderung für die Wohnungsbaupolitik“, sagte Innenminister Joachim Herrmann bei der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes freier Immobilien- und Wohnungsunternehmer im April in München.

Bayern fördert weiter Wohnungsbau

Das Bayerische Wohnungsbauprogramm werde zwar im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch im Jahre 2010 auf hohem Niveau fortgeführt. Wie schon im Vorjahr stünden auch in diesem Jahr wieder insgesamt 215 Millionen Euro zur Verfügung. Allerdings müsse es beim Wohnungsbau schneller vorangehen. Herrmann: „Die Baufertigstellungen im Jahr 2009 sind mit etwas mehr als 31.000 Wohnungen die niedrigsten seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1951. Zwar gibt es einen kleinen Hoffnungsschimmer, denn die Abwärtsentwicklung bei den Baugenehmigungen ist gestoppt. Wir haben hier im Jahr 2009 einen Zuwachs von knapp zwei Prozent auf rund 36.000 Wohnungen. Trotzdem benötigen wir mehr privates Engagement.“ Angesichts der großen Herausforderungen durch die in Bayern weiter wachsende Bevölkerung und deren veränderte demographische Zusammensetzung sei das staatliche Engagement zwar bemerkenswert, reiche jedoch nicht aus, um die nötige Zahl an zusätzlichen Wohnungen zu bauen.

„In Bayern wird Wohnungsbauförderung ganz groß geschrieben. Allein im letzten Jahr konnten wir insgesamt rund 12.000 Haushalte mit einer neuen Wohnung oder Menschen mit einem modernen Heimplatz



**Innenminister
Joachim Herrmann Mdl**

versorgen“, sagte Herrmann. „Wir setzen daneben aber gerade in den Wachstumsregionen auf das Engagement privater und institutioneller Bauherren und Anleger. Verschiedene Prognosen zeigen, dass wir beim Neubaubedarf in Bayern derzeit weit hinter dem Soll liegen. Bis 2027 ergibt sich ein geschätzter Bedarf von rund 800.000 Wohnungen.“ Die Rahmenbedingungen seien günstig, so der Minister. Bayern habe seine im Rahmen der Föderalismusreform I neu gewonnenen Kompetenzen umgehend genutzt und als erstes Bundesland ein modernes Wohnraumförderungsrecht geschaffen. Damit seien die Gestaltungsmöglichkeiten für sozial stabile Wohnverhältnisse vor Ort wesentlich erweitert worden.

Herausforderung demographischer Wandel

Aktuelle Herausforderungen seien vor allem der demographische Wandel in der Bevölkerung, die Herausforderungen des Klimawandels und die Gefahr erneuter Engpässe auf dem Wohnungsmarkt. „Entgegen des Bundestrends wird in Bayern die Bevölkerung in den nächsten Jahren wachsen. Wir

gehen auch von einem Wachstum der Haushalte aus, denn der Trend zu kleineren Haushalten ist ungebrochen. Dies gilt vorwiegend für die prosperierenden Ballungsräume. Zudem wird der Anteil älterer Menschen signifikant zunehmen“, so Herrmann. Somit werde sich die Nachfrage nach Wohnungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht ändern.

Es sei der Wunsch fast aller älteren Menschen, bis ins hohe Alter in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. „Wir fördern gezielt die altersgerechte und barrierefreie Modernisierung von Wohnungen. Dazu haben wir die Förderbestimmungen den Anforderungen angepasst und gewähren zum Beispiel Zuschüsse für die barrierefreie Modernisierung“, so Herrmann. Ein weiterer Handlungsschwerpunkt seien Modelle zum familienfreundlichen Wohnen in der Stadt. „Bezahlbarer Wohnraum für Familien mit Kindern hat für mich höchste Priorität. Bayern ist traditionell ein Vorreiter im experimentellen Wohnungsbau. Im Rahmen der ‚Initiative Zukunft des Wohnungsbaus‘ werden derzeit an zehn Standorten

in Bayern Modelle entwickelt, die beispielhaft veranschaulichen, wie ein generationenübergreifender und kindgerechter Wohnungsbau aussehen kann“, so Herrmann.

Klimaschutz im Wohnungsbau

Fast 32 Prozent der gesamten Energie werde bundesweit für die Raumwärme verwendet. Bei privaten Haushalten würden sogar rund 75 Prozent der Energie für die Heizung verbraucht. „Die Energieeffizienz im Wohnungsbau birgt große Möglichkeiten zur Energieeinsparung. Die Maßnahmen helfen auch, dem Klimawandel wirkungsvoll zu begegnen. Über 900 Millionen Euro des Konjunkturpakets werden für energetische Sanierungen eingesetzt. Der Freistaat Bayern geht mit gutem Beispiel voran und setzt bei staatlichen Gebäuden einen eigenen Schwerpunkt“, so Herrmann. „Allerdings vertraue ich hier auch auf entsprechendes Augenmaß. Meine Devise ist: Handeln ohne Zwang für die Wohnungsunternehmen, in unwirtschaftliche Maßnahmen zu investieren.“ Herrmann will sich sowohl bei der Umsetzung der Energieeinsparverordnung 2009 als auch bei deren Fortschreibung im Jahr 2012 dafür einsetzen, dass das Wirtschaftlichkeitsgebot stets beachtet wird. ■

Mitgliederversammlung

Mieterverein Bayreuth

Der Mieterverein Bayreuth lädt zur Mitgliederversammlung am Montag, den **19. Juli 2010**, um 15.30 Uhr, in der Geschäftsstelle, Rathenastr. 37, 95444 Bayreuth, ein.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung
2. Geschäftsbericht
3. Revisionsbericht
4. Entlastung des Vorstandes
5. Wahl des Vorstandes
6. Anträge und Verschiedenes

Anträge zur Tagesordnung sollen bis spätestens 30. Juni 2010 schriftlich bei der Geschäftsstelle eingereicht werden.

Irina Buchta, 1. Vorsitzende

BARBECUE AUF BALKONIEN

Was Mieter beim Grillen beachten sollten



**Alfred Poll, Vorsitzender
des Deutschen Mieterbundes –
Landesverband Bayern**

Schliersee - Sobald es das Wetter zulässt, treibt es die Grillfreunde wieder in den Garten oder auf den Balkon. Doch was als Grillduft dem einen schon das Wasser im Munde zusammenlaufen lässt, stinkt dem anderen im wahrsten Sinne des Wortes, und schon ist der Rechtsstreit da. Worauf müssen Mieter achten, damit das Barbecue auf Balkonien nicht vor dem Richter endet? Alfred Poll, Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes – Landesverband Bayern, erläutert die Rechtslage:

Was sagt der Mietvertrag?

Bereits 1973 hat das Amtsgericht Hamburg entschieden, dass das Grillen mit einem Gartengrill auf dem Balkon eines Mietshauses wegen der damit verbundenen Rauch- und Dunstbelästigung anderer Hausbewohner nicht zum normalen Gebrauch der Wohnung gehört. Ob und wie oft ein Mieter grillen darf, richtet sich daher zunächst nach den Regelungen im Mietvertrag und der dazugehörigen Hausordnung. Sieht zum Beispiel die Hausordnung verbindlich vor, dass auf Balkonen nicht gegrillt werden darf, ist ein solches Verbot nach einer Entscheidung des Landgerichts

Essen aus dem Jahr 2002 wirksam. Verstößt der Mieter trotz Abmahnung wiederholt dagegen, kann ihm das auch eine fristlose Kündigung des Mietverhältnisses einbringen. Allerdings ist Verbot nicht gleich Verbot, so Alfred Poll und verweist auf eine Entscheidung des Amtsgerichts Berlin-Wedding aus dem Jahr 1990. Ist nur der Gebrauch von Grillgeräten auf Balkonen und Terrassen verboten, nicht aber generell im Freien, kann zum Beispiel ein Erdgeschossmieter in dem an ihn mitvermieteten Garten grundsätzlich grillen, solange er dabei Rücksicht auf die Nachbarn nimmt.

Kein „Grundrecht auf Grillen“

Dieses Rücksichtnahmegebot gilt ganz allgemein in allen Fällen, in denen das Grillen nicht von vornherein wirksam verboten ist. Ein allein im Belieben des jeweiligen Mieters stehen-

des „Grundrecht auf Grillen“ gibt es gerade nicht. Der Mieter muss vielmehr darauf achten, dass andere Hausbewohner und Nachbarn nicht unzumutbar belästigt werden. Dabei kommt es auf den Einzelfall an. So lässt sich zum Beispiel schon viel Streit vermeiden, wenn der Mieter auch in den Fällen, in denen das Grillen auf dem Balkon gestattet ist, statt eines Holzkohlegrills einen Elektrogrill verwendet, bei dem bei ordnungsgemäßem Gebrauch eine störende Rauchentwicklung ausgeschlossen ist. Einzelne Gerichte versuchen darüber hinaus immer wieder einmal, „Faustregeln“ aufzustellen, wie oft ein Mieter grillen darf. So hat vor elf Jahren eine Entscheidung des Amtsgerichts Bonn Furore gemacht, nach der Mieter in Mehrfamilienhäusern in der Zeit von April bis September einmal monatlich auf Balkon oder Terrasse grillen dürfen, wenn sie die Mieter im Haus, deren Belästigung durch Rauchgase unver-

meidlich ist, 48 Stunden vorher darüber informiert haben. Voraussetzung war allerdings auch hier, dass das Grillen nicht von vornherein verboten war.

Bußgelder können drohen

Wer es übrigens mit der Rauchentwicklung beim Grillen zu sehr übertreibt und der Qualm konzentriert in die Wohnung oder die Schlafräume von Anwohnern zieht, kann nicht nur Probleme mit seinem Vermieter bekommen, sondern schnell auch Besuch von der Polizei und im Extremfall ein Bußgeld, da dann auch ein Verstoß gegen immissionschutzrechtliche Vorschriften vorliegt. Daher Alfred Polls Tipp: Will man beim Grillen als Mieter auf Nummer sicher gehen, sollte man sich zunächst bei seinem örtlichen Mieterverein beraten lassen. So kann man sicher sein, dass die deftige Bratwurst nicht doch einen faden juristischen Nachgeschmack bekommt. ■

Mieterschutzverein Burghausen trauert um „Joschi“ Grassl

Burghausen - Völlig überraschend verstarb im April Josef „Joschi“ Grassl, stellvertretender Vorsitzender des Mieterschutzvereins Burghausen, im Alter von 60 Jahren.

Nicht Probleme mit seinem Mietverhältnis – er war Besitzer eines Eigenheims –, sondern mit dem Vereinscomputer führten Josef Grassl 1981 zum Mieterschutzverein Burghausen. Als EDV-Spezialist schrieb er damals für den Verein die ersten Programme. Im Laufe der hieraus entstehenden Zusammenarbeit begann er sich zunehmend für den Mieterschutzvereins zu engagieren und trat ihm schließlich zum 1. Januar 1994 bei. Bereits ein Jahr später wurde er zum Vereinskassier gewählt. Am 1. Januar 2001 übernahm er den Posten des stellvertretenden Vereinsvorsitzenden kommissarisch, eine Position, in die er seither regelmäßig einstimmig, zuletzt bei der Mitgliederversammlung am 16. April 2010, wieder gewählt wurde.

In einem Nachruf würdigte Josef Vilzmann, der 1. Vorsitzende des Mieterschutzvereins Burghausen, den Verstorbenen. Mit Josef Grassl ist ihm und dem Verein ein guter Freund, Vereinskollege und Mieterberater verloren gegangen.

Dem schloss sich Alfred Poll, Vorsitzender des DMB Bayern für die bayerische Mieterorganisation, an. Joschi Grassl war nicht nur durch seine regelmäßige Teilnahme an den Fortbildungstagen des Landesverbandes über die Grenzen seines Mietervereins hinaus bekannt. Mit seinem selbstlosen und engagierten Einsatz für den Mieterschutzverein Burghausen war Grassl ein Vorbild für die Aktiven im Landesverband.



**Josef „Joschi“
Grassl, stellvertretender
Vorsitzender des
Mieterschutzvereins
Burghausen**



Xaver Kroner, Verbandsdirektor und geschäftsführender Vorstand des VdW Bayern

München - Die Mitglieder des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) haben 2009 rund

VdW Bayern: „Immer weniger Sozialwohnungen“

1,2 Milliarden Euro investiert. 765 Millionen Euro entfielen auf Investitionen in den Wohnungsbestand. Die Zahl der neu errichteten Sozialwohnungen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Prozent auf 1.125 Wohneinheiten ab. Zugleich fielen mit 6.928 Sozialwohnungen (+ 9,3 Prozent) sechsmal mehr aus der Sozialbindung. „Eine besorgniserregende Entwicklung, da immer mehr Menschen auf preisgünstige Wohnungen angewiesen sind“, sagt

Verbandsdirektor Xaver Kroner bei der Leistungsbilanz auf der Jahres-Pressekonferenz des Verbandes.

Von den Investitionen entfallen 411 Millionen Euro auf Wohnungsneubau (+ 0,4 Prozent), 388 Millionen Euro auf Instandhaltung (- 2,2 Prozent) und 376 Millionen Euro auf Modernisierung (+ 3,1 Prozent). „Mit der Aufgabe, die Bestände energetisch und altersgerecht zu modernisieren, haben wir enorm zu kämpfen“, erläutert der Verbandschef. Im letzten Jahr hätten die Wohnungsmodernisierungen zwar ein Rekordhoch erreicht, doch für 2010 erwartet Kroner einen umso stärkeren Rückgang. Verantwortlich sei vor allem die im Oktober 2009 zum wiederholten Male verschärfte Energieeinsparverordnung (EnEV). Die dadurch stark gestiegenen Baukosten könnten nicht über Mieterhöhungen erwirtschaftet werden. Deshalb appelliert er an die Bundesregierung, auf die für 2012 geplante nächste Verschärfung der Energieeinsparverordnung zu verzichten.

stimmenden Prognosen von Verband und Innenministerium müssten in Bayern jährlich 60.000 Wohnungen gebaut werden, um den Bedarf zu decken.

„Unsere Mitgliedsunternehmen sind die Stütze des bayerischen Mietwohnungsbaus und Garant preisgünstigen Wohnens“, betont Kroner. Die Durchschnittsmiete pro Quadratmeter Wohnfläche sei 2009 nur geringfügig auf 4,70 Euro gestiegen (+ 0,6 Prozent) und die Betriebskosten (ohne Strom- und Heizkosten) befänden sich mit 1,43 Euro pro Quadratmeter genau auf Vorjahresniveau.

Dennoch verringert sich preisgünstiger Wohnraum in Bayern dramatisch. Bei den Mitgliedsunternehmen hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten 15 Jahren um 115.000 auf aktuell 124.000 fast halbiert. In den nächsten fünf Jahren wird die Sozialbindung nach Berechnungen des Verbandes bei weiteren 60.000 Wohnungen auslaufen.

Pauschalen gefährden soziale Stabilität

Bei der auf Bundesebene diskutierten Pauschalierung der Energie- und Wohnkosten für Arbeitslosengeld-II- und Hartz-IV-Empfänger stünde die soziale Stabilität ganzer Stadtteile auf dem Spiel. Wenn Vermieter die tatsächlichen, angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nicht mehr erstattet erhielten, könnte bei den betreffenden Wohnungen nur noch wenig Geld für Instandhaltung eingesetzt werden. Die Folge wäre eine Abwärtsspirale ganzer Quartiere mit verschärfter Segregation. Mit den Bildern brennender Pariser Vorstädte vor Augen mahnt Kroner zu Vernunft: „Hände weg von diesen Plänen. Mit sozialem Frieden spielt man nicht.“

Durchschnittsmiete 4,70 Euro pro Quadratmeter

In eigener Bauträgerschaft entstanden 2.312 Wohnungen (- 0,6 Prozent). Der Neubau von Miet- und Genossenschaftswohnungen stieg 2009 um 11,2 Prozent auf 1.850 Wohneinheiten an. Damit konnten sich die Mitgliedsunternehmen positiv vom Bayertrend abkoppeln. Im Freistaat wurden 2009 nur 31.335 Wohnungen gebaut (- 13,5 Prozent), der niedrigste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1951. „Langfristig wird es in den bayerischen Wachstumsregionen Engpässe bei der Wohnraumversorgung geben“, befürchtet der Verbandschef. Denn laut überein-

„DER VORSTAND HAT DAS WORT“

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach einer vom VdW Bayern in Auftrag gegebenen Umfrage sind 96,8 Prozent der Deutschen der Meinung, dass Sozialwohnungen auch in Zukunft benötigt werden. Nicht viel geringer ist jedoch die Besorgnis der Bundesbürger, dass es in Zukunft vor allem in Großstädten nicht mehr genug bezahlbaren Wohnraum geben wird. Auch ein Mangel an familien- und altengerechten Wohnungen wird beklagt. Ein Blick in die Wohnungsbau-Statistiken bestätigt, dass all diese Sorgen tatsächlich mehr als begründet sind. Diese Zahlen machen deutlich, dass Wohnungspolitik eigentlich ganz vorne auf der Agenda der Parteien in Bayern stehen müsste. Leider ist dies nicht der Fall. Dies ist umso verwunderlicher, als die staatliche Wohnraumförderung seit der Föderalismusreform Ländersache ist. Ob es in Bayern genügend bezahlbaren Wohnraum gibt oder nicht, wird nicht mehr in Berlin, sondern zuvorderst in München entschieden. Wer jetzt die sich abzeichnenden wohnungspolitischen Herausforderungen verschläft, erlebt bald ein böses Erwachen.



Josef Vilzmann, stellvertretender Vorsitzender des DMB Bayern

Ihr Josef Vilzmann

Mieterverein Bayreuth verstärkt Beraterteam

Bayreuth - Der Mieterverein Bayreuth freut sich, mitteilen zu können, dass Rechtsanwältin Sabine Graße seit dem 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit als Rechtsberaterin für den Mieterverein Bayreuth aufgenommen hat. Bereits seit ihrer Zulassung als Anwältin im Jahr 1996 beschäftigt sich Sabine Graße schwerpunktmäßig mit dem Mietrecht sowie den hieran anschließenden Rechtsgebieten, wie beispielsweise der Heizkostenverordnung etc. Darüber hinaus ist der Bereich des Sozialrechts ein weiterer Inhalt ihrer anwaltlichen Tätigkeit, so dass unter anderem Bescheide über Wohngeld, Hartz IV etc. bearbeitet werden können, aber auch Angelegenheiten der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Nachdem sie zunächst als Anwältin in Schorndorf, Baden-Württemberg, niedergelassen war, ist Sabine Graße nun in ihre Heimatstadt Bayreuth zurückgekehrt.

Mieterverein Freising hat viel zu tun

Freising - Der Mieterverein Freising hielt im März seine alljährliche Mitgliederversammlung im Gasthaus „Zur Gred“ ab. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der Gäste und Mitglieder legte der Vorsitzende, Dr. Volker Zinkernagel, seinen Geschäftsbericht für das Jahr 2009 vor.

Mehr Mitglieder und Beratungen

Die Mitgliederzahl betrug zum Jahresende 2009 insgesamt 2.335 Mitglieder. Die Beratungen in Mietangelegenheiten wurden, wie bisher, von zwei Rechtsanwältinnen durchgeführt. Die Zahl der Beratungen pro Woche ist durch Verlängerung der Beratungszeiten auf durchschnittlich 20 gestiegen, damit wurde im Jahresdurchschnitt eine Beratungszahl von circa 900 erreicht. Hinzu kommt für die beiden Beraterinnen die Abfassung von mehr oder weniger umfangreichen Schriftsätzen, die die Geschäftsführerin Maria Johannsen-Bierl nach jeweiligem Diktat schreibt. Der Vorsitzende steht für Telefonberatungen oder E-Mail-Anfragen zur Verfügung.

Freising duldet Zweckentfremdung

Ungeachtet der Mahnungen des Mietervereins hat der Bauausschuss der Stadt Freising den Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung abgelehnt. Die Stadt Freising sieht mangels konkreter Umnutzungsfälle bislang keinen Bedarf für eine solche Verordnung. Der Mieterverein bleibt jedoch bei seiner Skepsis, da es in Zukunft sehr wohl zu solchen Umnutzungen kommen kann und dann die Rechtsgrundlagen fehlen, um dagegen vorzugehen. Sorgen macht sich der Mieterverein auch wegen der circa 320 Wohnungen der GBW in

der Stadt Freising. Mehrheitseigentümer der GBW ist die ins Straucheln geratene Bayerische Landesbank, der von der EU zur Auflage gemacht wurde, sich von ihren bankfremden Aktivitäten zu trennen. Es besteht das Risiko, dass ein Käufer der GBW mehr Interesse an der Gewinnmaximierung als an der Sozialverträglichkeit der Mietpreisgestaltung und dem Erhalt der Wohnungen hat. Beschwichtigungen seitens der bayerischen Landesregierung und Vertretern der GBW können die Sorgen des Landesverbandes und des Mietervereins kaum beheben.

Warnung vor Mietrechtsänderungen

Dr. Volker Zinkernagel ging weiterhin auf die Bundespolitik und die Koalitionsvereinbarungen ein, die eine Änderung des Mietrechts zum Nachteil der Mieter einschließen. Hier droht den Mietern Ungemach, insbesondere durch die geplante Abschaffung der asymmetrischen Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter und des Rechts zur Mietminderung bei Modernisierungsmaßnahmen. Derartige Modernisierungsmaßnahmen sind auch geplant von der Wohnungsbau- und -verwaltungs GmbH der Stadt Freising & Co Immobilien KG. Diese Gesellschaft hat die Verwaltung stadteigener Wohnungen mit Sozialbindung übernommen. Bauausführung und Ausstattung dieser Wohnungen entsprechen häufig nicht mehr dem heutigen Standard, so dass eine Modernisierung erforderlich ist. Der Mieterverein ist intensiv darum bemüht, bei der Verwaltungsgesellschaft und ihrem Vorstand zu erreichen, dass etwaige Modernisierungsmieterhöhungen sozialverträglich ausfallen und die Mieter die Möglichkeit haben, in ihren Wohnungen zu bleiben.

Verein steht auf gesunden Füßen

Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden erfolgten der Kassenbericht durch den Kassier Dieter Schilling und der Revisionsbericht durch Gero Lackner. Der Mieterverein ist finanziell gesund, er hat keine Außenstände und kann aus den Mitgliedsbeiträgen die Kosten der ausgedehnten Rechtsberatung tragen. Die einwandfreie Kassenführung wurde durch

die Revisoren bestätigt. Nach Aussprache und dem Allfälligen informierte Karl Heinz Landesberger von der Firma Techem die Mitglieder über die formularmäßige Abrechnung der Heiz- und Betriebskosten. Sein Mitarbeiter, Jakob Zörr, stellte Maßnahmen für richtiges Heizen und Lüften in der Wohnung vor. Beide Referate wurden intensiv diskutiert und die Referenten stellten sich den zahlreichen Fragen der Anwesenden. ■

Mitgliederversammlungen

Mieterverein Bamberg

Der Mieterverein Bamberg lädt zur satzungsgemäßen ordentlichen Mitgliederversammlung am Mittwoch, den **23. Juni 2010**, um 19.00 Uhr, in den Sitzungsraum der Geschäftsstelle, Friedrichstraße 7 (DG), 96047 Bamberg, ein.

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung durch den Vorstand
2. Jahresbericht des 1. Vorsitzenden
3. Bericht der Hausverwaltung
4. Kassenbericht der Schatzmeisterin 2009
5. Bericht der Kassenprüferinnen
6. Entlastung des Vorstandes
7. Sonstiges

Anträge zur Tagesordnung erbittet der Vorstand bis spätestens 2. Juni 2010 schriftlich an die Geschäftsstelle, Friedrichstraße 7, 96047 Bamberg, Telefon: 09 51/20 25 55, Telefax: 09 51/30 29 03 63.

Mieterverein Passau

Der Mieterverein Passau lädt zur Mitgliederversammlung am Donnerstag, den **1. Juli 2010**, um 16.30 Uhr, in der Gaststätte „Goldenes Schiff“, Unterer Sand 8, Ecke Grabengasse, 94032 Passau, ein.

TAGESORDNUNG

1. Geschäftsbericht
2. Kassenbericht
3. Revisionsbericht
4. Aussprache
5. Entlastung des Vorstandes
6. Neuwahl eines Revisors
7. Satzungsänderung § 9 Nr. 2
8. Verschiedenes

Der Vorstand